24.FEB16

Erscheint wöchentlich einmal: Freitags.
Anzeigen: Die 6gespaltene Borgiszeile 20 Pfennig.
Im Abonnement oder bei Wiederholung entsprechend billiger.
Schluß der Redaktion: Dienstag Mittag.

Die Eiche

Abonnement vierteljährlich 1.— Mark bei jedem Postamt und in der Expedition.
Eingetragen in der Post-Zeitungspreisliste.
Redaktion und Expedition: Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/22.

Organ des Gewerkvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Hauptbüro: Berlin NO., Greifswalderstraße 221/22. — Fernruf: Amt Königstadt 4720.
Alle Zuschriften für Redaktion und Expedition sind zu richten an Paul Wollmann, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/22. — Geldsendungen an W. Zielke, Berlin NO. 55, Greifswalderstr. 221/22.

Nummer 7/8. | Ulm a. Donau, den 25. Februar 1916. | 27. Jahrgang.

Inhalt: Frühlingsarbeit. — Jahresbericht der Sterbekasse des Gewerkvereins der Holzarbeiter Deutschlands (Vers.-Ver. auf Gegenseitigkeit) für das Jahr 1915. — Partei und Gewerkschaften. — Kriegsergebnis und Arbeiterinteressen. — Wilna. — Kriegswirkungen im Handwerk. — Die Lage des Arbeitsmarktes. — Krankenrente für Kriegsteilnehmer. — Rundschau: Bureau für Sozialpolitik. — Zentralstelle für Heereslieferungen des Handwerks. — Schuhe ohne Leder. — Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. — Ehrentafel. — Patentschau. — Anzeigen.

Frühlingsarbeit.

Der harte Winter ist bald überstanden, die Natur wird in wenigen Wochen ein anderes Kleid anlegen und mit ihm beginnt auch die Frühlingsbestellung der Felder. Hat man schon in normalen Zeiten diesen Vorgängen besondere Aufmerksamkeit geschenkt, wieviel mehr in dieser Zeit, wo alles daran gesetzt werden muß, dem Boden alle nur möglichen Kräfte zu entziehen. Für das deutsche Volk steht in dieser Beziehung viel auf dem Spiele. Unsere verbündeten Feinde, besonders England, haben längst einsehen gelernt, wenn sie dies auch nicht öffentlich zugeben wollen, daß mit Waffengewalt Deutschland nicht zu bezwingen ist. Unsere verbündeten Heere haben die fruchtbarsten Teile von Frankreich und Rußland besetzt, dazu befinden sich drei Königreiche, Belgien, Serbien und Montenegro, in unserem Besitz. Da diese Tatsachen auch vom Feinde nicht mehr fortzuleugnen sind, macht England, der Anstifter dieses Weltbrandes, die verzweifeltsten Anstrengungen, uns von jeder Lebensmittelzufuhr abzuschneiden. In Holland, der Schweiz, Schweden, Norwegen, Rumänien, Dänemark u. derg. m. unterhält England und Frankreich seine Agenten, die durch Aufkäufe verhindern sollen, daß dem deutschen Volke irgend etwas an Lebensmitteln und Rohstoffen zugeführt wird. Wenn auch alle diese Maßnahmen den Sieg unserer Truppen nicht hindern können, so müssen wir uns doch die eine Tatsache vor Augen halten, daß Deutschland auf sich selbst angewiesen ist. Wir halten durch, unsere vorhandenen Vorräte sind imstande, das deutsche Volk, wenn auch nicht im Ueberfluß, so doch bei äußerst sparsamer Wirtschaftsordnung, zu ernähren. So wird uns von allen Tribünen des Reichstags und des Landtags versichert, und wir sind die letzten, die daran zweifeln. Es hieße jedoch die Augen vor den Tatsachen verschließen, die man tagtäglich beobachten kann. Produkte, wie Schweinefleisch und Hering, die besonders von der arbeitenden Bevölkerung gekauft wurden, sind heute Luxusartikel, Butter ist nur bei äußerster Gefährdung der Gesundheit zu erhalten. Die Kartoffel, das am meisten begehrte Nahrungsmittel ist nur sehr schwer erhältlich. Die wenigen Worte: es ist Krieg! entschuldigen vieles, aber nicht alles. Wir stehen jetzt schon über 18 Monate gegen eine Welt von Feinden, und da haben wir in dieser Zeit auch eine Reihe von Erfahrungen gesammelt, die jetzt notgedrungen angewendet werden müssen. Alle Ermahnungen u. Verordnungen haben nicht vermocht, den Wucherern das Handwerk zu legen, hier heißt es die Handschuhe ausziehen und die rauhe Faust in die Erscheinung treten lassen. Was nützen die paar tausend Mark Geldstrafe oder Gefängnis, welche man über diese Leute verhängt, selbst die Drohung mit Ehrverlust hat dieselben nicht abgeschreckt, ihr wucherisches Handwerk weiter zu betreiben. Hier kann nur das eine Mittel helfen, diesen Wucherern jede Gelegenheit zur Ausübung ihres elenden Gewerbes zu entziehen, indem man alle für die menschliche Nahrung notwendigen Produkte beschlagnahmt. Wir verkennen nicht, daß dies mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden ist, die Notwendigkeit zwingt uns dazu. So gut wie der Staat über jede Person zu verfügen hat, die zur Verteidigung des Vaterlandes notwendig ist, so gut muß er auch das Recht und die Pflicht haben, über die Produkte zu verfügen, die zur Ernährung des Volkes notwendig sind. Man hört jetzt immer viel reden, von den großen Opfern, welche die Landwirtschaft in dieser Kriegszeit bringen muß. Opfer müssen oder sollen wenigstens von allen Bevölkerungsschichten gebracht werden, das ist es ja, was uns adelt, und was diese Zeit so groß macht, daß jeder an seinem Teil bereit ist, Opfer, seiner Kraft gemäß, dem Vaterland zu bringen. Wären alle von diesem Gedanken erfaßt, man brauchte keine Klagen über Wucher und Uebervorteilung der einzelnen Bevölkerungsschichten führen. Wir sind der Landwirtschaft dankbar dafür, daß sie es bisher möglich gemacht hat, mit ihren Produkten die Ernährung des Volkes durchzuführen, aber man darf trotzdem nicht von Opfer reden, denn das war einfach ihre Pflicht. Von Opfern könnte man höchstens von unsern Brüdern im Felde reden, die im kalten Winter, bei Wind und Wetter ihr Gut und Blut für die Befreiung des Vaterlandes einsetzen. Nicht verkennen wollen wir das stille Duldertum unserer Kriegerfrauen, die ihres Ernährers beraubt, jetzt den stillen verzweifelnden Kampf ums Dasein kämpfen, immer mit der bangen Sorge, ob der Ernährer jemals wieder heimkehrt. In diesen Fällen könnte man von wahrhaft großen Opfern reden, doch dies betrachtet man als einfache Pflicht. Diese Pflicht möglichst zu erleichtern, das muß Aufgabe aller Daheimgebliebenen sein. Was wäre aus unserer blühenden Landwirtschaft geworden, wenn unsere braven Truppen die wilden Horden der Feinde nicht von unseren Grenzen ferngehalten hätten. Der bloße Gedanke allein muß jedem das Blut erstarren lassen und die bessere Einsicht wachrufen. Man soll sich hüten, in dieser schweren Zeit Gegensätze zwischen Landwirtschafts- und Industriestaat wachzurufen. Die Tatsachen haben gelehrt, daß auch in den Städten Leute sitzen, die sich durch den Krieg auf Kosten der ärmeren Bevölkerung bereichern wollen. Diesen beiderseitigen Wucherern das Handwerk zu legen, muß Aufgabe der Regierung und jedes wahrhaften Patrioten sein. Durchhalten, alles aufbieten, was zur Ernährung des Volkes notwendig ist, das muß unsere ernste Sorge sein. Der Krieg ist noch lange nicht zu Ende, und so bedauerlich es ist, müssen wir uns mit der Tatsache abfinden, daß der Frieden noch in weite Ferne gerückt ist. Selbst wenn dies heißersehnte Ziel nahe bevorstände, haben wir doch alles aufzubieten, was die Ernährung des deutschen Volkes sicherstellt. Deutschland ist nun einmal auf sich selbst angewiesen, und wird dies auch nach dem Kriege längere Zeit sein. Je unabhängiger wir vom Auslande sind, desto besser für uns. Bald nach Ausbruch des Krieges haben wir versucht, brachliegende Felder für die Ernährung des Volkes urbar zu machen. Damals zehrten wir noch an den Vorräten. Die Länge des Krieges und die große Masse der Gefangenen hat naturgemäß diese Vorräte aufgezehrt. Es gilt daher neue Quellen zu erschließen. Kein Fetzen Landes darf jetzt brach liegen, sondern muß beackert werden. Alle großen Güter, die Kommunen müssen jeden Strich Landes, welches brach liegt, zur Beackerung übergeben.

Ueberall, wo die Möglichkeit besteht, Kulturwerte aus dem Lande für die menschliche Ernährung herauszuholen, muß mit eiserner Faust eingegriffen werden. Dies darf natürlich nicht wild, sondern planmäßig in Angriff genommen werden. Bei der Bebauung dieser brachliegenden Ländereien in der ersten Zeit sind naturgemäß viele Mißhelligkeiten entstanden, so mancher Pächter ist nicht auf seine Kosten gekommen. Z. B. bei dem Kartoffelbau rund um Berlin auf dem Tempelhofer Feld u. dergl. ist ein ungeheures Defizit entstanden. Was will das besagen? Lehrgeld muß jeder zahlen. Worauf es ankam war, den Grund und Boden für die Ernährung des Volkes auszunützen. Dies ist geschehen, ob nun der eine oder der andere im Ertrag der Kartoffeln etwas in Rückstand gekommen ist, spielt gar keine Rolle. Mit Witterungsverhältnissen und dergl. hat jeder Landmann zu rechnen. Töricht wäre es jedoch, deswegen die Flinte ins Korn zu werfen. Die Erfahrung im vergangenen Jahre werden so manchen Pächter gewitzigt haben, und er wird in diesem Jahre mit um so größerer Sorgfalt an die Arbeit gehen. Also, nicht entmutigen lassen. Der Frühling rückt immer näher und ist es nun Aufgabe des Staates und der Kommunen, dafür zu sorgen, daß jeder Strich Landes beackert wird, und zwar so beackert wird, daß die Ernte späterhin gesichert ist. Man wird vielleicht einwenden, daß die Arbeitskräfte immer knapper werden. Das ist nur bedingt richtig. Abgesehen von den vielen Gefangenen, die ohne weiteres in der Landwirtschaft beschäftigt werden können, gibt es eine Masse Garnisondienstfähiger, die für den Felddienst nicht mehr zu brauchen sind, auch diese können zur Bearbeitung der Felder für diese Zeit freigemacht werden. Neben diesen gibt es eine Reihe erwerbsloser Arbeiter, die wohl auch Arbeit in der Landwirtschaft annehmen würden, allerdings unter der Voraussetzung anständiger Behandlung und zeitgemäßer Entlohnung. Hierin hapert es leider oft, und es trifft keineswegs zu, wie immer wieder aus Landwirtschaftskreisen behauptet wird, daß die Entlohnung in der Landwirtschaft eine wesentliche Steigerung erfahren hat. Bei den kleinen bäuerlichen Besitztümern mag es oft zutreffen, daß Arbeitskräfte fehlen, wo sehr oft Vater und Sohn im Felde stehen und landwirtschaftliche Maschinen aus finanziellen Gründen nicht zur Verfügung stehen. Hier könnte die Regierung helfend eingreifen, indem sie diesen Besitzern Motorpflüge u. dergl. leihweise zur Verfügung stellt. Wir verkennen die Schwierigkeiten in manchen Wirtschaften nicht. Da wir jedoch immerhin mit einer längeren Dauer des Krieges zu rechnen haben, und Deutschland nun einmal allein auf sich angewiesen ist, muß die Ernährung des Volkes unter allen Umständen sichergestellt werden. Dies gehört mit zum Siege, alle Waffentaten unserer Truppen würden versagen, wenn es nicht gelänge, die notwendigen Lebensmittel herbeizuschaffen. Dies kann jedoch nur durch eine rationelle Ausnutzung des Grund und Bodens geschehen. Die Frühlingsarbeit steht vor der Türe, wo der Landmann durch Pflanzung des Samenkorns versucht, die künftige Ernte sicherzustellen. Auch unsere Kollegen müssen ihr Teil dazu beitragen, indem sie durch Eingaben an die Behörden und durch Selbstpachtung versuchen, alles brachliegende Land zu bepflanzen. Jeder an seinem Teil muß dazu beitragen, die Ernährung unseres Volkes sicherzustellen, damit trägt er gleichzeitig dazu bei, die schändlichen Aushungerungspläne unserer Feinde zu nichte zu machen.

Jahresbericht der Sterbekasse des Gewerkvereins der Holzarbeiter Deutschlands (Vers.-Ver. auf Gegenseitigkeit) für das Jahr 1915.

Einnahme	M.	₰	Ausgabe	M.	₰
An Vortrag vom Jahre 1914	3 429	39	Per gezahlte Sterbegelder	5 076	—
„ Eintrittsgelder	5	64	„ Abgelöste Versicherungen	74	53
„ Wochenbeiträgen	7 303	17	„ gekaufte Wertpapiere	6 529	80
„ Zinsen von Kapitalien	6 692	50	„ Depotgebühren an die Reichsbank	97	25
„ Zurückgebucht	31	—	„ Zinsen für lombardierte Effekten	2 965	10
			„ Gehälter	905	—
			„ Entschädigung an die Hauptrevisoren	41	50
			„ Entschädigung an die Vertrauensmänner	207	61
			„ Drucksachen und Utensilien	134	50
			„ Steuer an das Kaiserl. Aufsichtsamt	1	85
			„ Zeitversäumnis	2	65
			Kassenbestand	1 425	91
Summa	17 461	70	Summa	17 461	70

Vermögens-Ausweis.

	Nennwert M.	₰	Ankaufswert M.	₰	Kurswert M.	₰
5 % Deutsche Reichsanleihe	64 000	—	62 410	—	62 410	—
4 % Neue Berliner Pfandbriefe	10 000	—	9 378	10	9 372	50
Guthaben auf der Darlehenskasse	21 687	10	21 687	10	21 659	40
Kassenbestand in bar	1 425	91	1 425	91	1 425	91
Summa	97 113	01	94 901	11	94 867	81

Mitgliederzahl: 1604 (davon männliche 525, weibliche 1079).

Berlin, den 31. Dezember 1915.

W. Zielke, Hauptkassierer.

A. Günther, H. Feist, Fr. Thunack, Hauptrevisoren.

Partei und Gewerkschaften.

I.

Ueber die Haltung des angeblichen Zentralorgans des Vorwärts während der Kriegszeit haben wir schon des öfteren berichtet. Von den „Unentwegten" der Partei redigiert, nahm das Blatt eine Haltung ein, die an das vaterlandslose [illegible] grenzt.

[illegible] Eisner, der Schreiber der meisten Leitartikel vertrat sehr oft den Standpunkt, wenn auch nicht direkt, so doch zwischen den Zeilen, „Was kümmert mich mein Vaterland, die Hauptsache ist, daß das sozialdemokratische Prinzip bewahrt bleibt." Schon vor dem Kriege war ein großer Teil der Arbeiterschaft im Lager der freien Gewerkschaften mit der Haltung des „Vorwärts" [illegible] nicht einverstanden, was zu einem großen [illegible] beim „Vorwärts" führte. [illegible] Agitation einsetzte, eben [illegible] Flugblätterverteilung. [illegible] im Schwin[illegible] der Kaiser und mit ihm wurden Par[illegible] gestellt. Wie [illegible] im ganzen [illegible], daß Deutschland alles an[illegible] jeden zu erhal[illegible] unsere Feinde, namentlich England, alles aufge[illegible] zu verwan[illegible] Parteistreit ver[illegible] wie ein Mann stand Deutschland einig da, [illegible].

Die eine Frage tauchte auf: Was wird die deutsche Sozialdemokratie tun? Von irgend einer Frage konnte keine Rede [illegible] auch innerhalb der Begeisterung, die durch das ganze Volk ging, keinen Raum. Am 4. August trat der Reichstag zusammen, dieser Tag mußte die Entscheidung bringen. Jetzt mußte es sich zeigen, ob die deutsche Sozialdemokratie bereit war, mit der Regierung ihr Vaterland zu verteidigen, oder sich abseits des Großen, Ganzen zu stellen und so zur Untätigkeit verurteilt zu werden. Hier galt es zum ersten Male zu zeigen, politisch mitzuarbeiten, das Vaterland über die Partei zu stellen. Wir verkennen nicht, daß die deutsche Sozialdemokratie nach allen ihren Lehren, die sie bisher in Wort und Schrift getätigt hatte, vor eine außerordentlich schwierige Frage gestellt wurde. Hiezu kam, daß zwischen Regierung und Partei eine gewisse Spannung bestand. Letztere wurde insofern gelöst, indem der Kaiser die in der Geschichte unauslöschlichen Worte gebrauchte: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!" Damit war der Bann gebrochen, und die Partei stand vor der Frage, in die dargebotene Hand einzuschlagen, oder dieselbe abzulehnen. Man entschied sich für das erstere. Damit war auch zugleich die Richtlinie für die Partei während der Kriegszeit gegeben. Die vom Abg. Scheidemann im Reichstage abgegebene Erklärung fand lebhaften Widerhall im ganzen deutschen Volke. Die bei dieser Gelegenheit eingenommene Haltung der Abg. Liebknecht und Rühle verschlug nichts, da namentlich ersterer als krankhaft veranlagter Sonderbrödler bekannt war.

Für die Freien Gewerkschaften war die Haltung eine leichtere. Obgleich mit der Sozialdemokratie eng verbunden, man könnte sagen, sie bilden gewissermaßen die Glieder der Partei, war es für jeden einsichtigen Kenner der Verhältnisse klar, daß dieselben niemals zugeben würden, daß ihr durch harte, schwere Kämpfe mühsam aufgerichtetes Gebäude durch sinnlose Haltung der Partei in Trümmer ging. Hier zeigte sich auch der krasse Unterschied zwischen Partei und Gewerkschaft, indem erstere bisher trotz ihrer 110 Abgeordneten im Reichstag stets eine Politik der Verneinung betrieben hatte, letztere sich mehr auf praktische Arbeit gelegt hatten, die von den großen Massen der Arbeiterschaft wohl gewürdigt wurden. Anderseits war es auch ein offenes Geheimnis, daß schon längst ein klaffender Riß zwischen Partei und Gewerkschaften bestand. Die Gewerkschaftsführer, welche in einem ununterbrochenen Kampf mit dem Unternehmertum um Erringung günstiger Lohn- u. Arbeitsbedingungen stehen, konnten sich unmöglich auf eine Verneinungspolitik einlassen. Dazu kommt, daß die Mitglieder der Gewerkschaften durch die harten Kämpfe mehr gestählt sind, und es [illegible] verwunderlich erscheint, wenn die Führer der Gewerkschaften für sich das Recht der größeren Macht in Anspruch nehmen.

Dies paßt natürlich den „Unentwegten" und besonders dem angeblichen Zentralorgan, dem „Vorwärts" durchaus nicht, und es ergeben sich daraus unliebsame Erörterungen, die in der Kriegszeit ganz besonders zum Ausdruck kommen.

Bald nach Ausbruch des Krieges war das Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands gezwungen, gegen die italienischen Gewerkschaften Stellung zu nehmen. Die Angriffe von Seiten der Sozialdemokraten von Frankreich, Belgien und England mußten abgewehrt werden. Der „Vorwärts" nahm zu allen diesen Fragen eine schwankende Haltung ein, die mit Recht den Unwillen der Gewerkschaften herausforderte. Das „Korrespondenzblatt" brachte denn auch mehrere geharnischte Artikel, über die wir in einigen Nummern der „Eiche" schon berichtet haben. Ganz besonders hatte es dem „Vorwärts" der Artikel „Rundherum" angetan, in welchem das angebliche Zentralorgan mit einem Karussell verglichen wird, das sich nach allen Windrichtungen hin schaukelt. Nach dem Auftreten der zwanzig „Unentwegten" im Reichstage bei der Kreditverweigerung setzte eine neue Preßfehde in der Parteipresse ein, die sich auch auf die einzelnen Gewerkschaftsblätter übertrug. Letztere nahmen nun mit Ausnahme des Organs der „Lederarbeiter", welches von dem bekannten radikalen Simon redigiert wird, die Stellung der Fraktionsmehrheit des Reichstages ein. Dies paßte natürlich dem „Vorwärts" nicht, und er zog nun fortlaufend gegen die Gewerkschaftsführer zu Felde. Diese blieben nun die Antwort nicht schuldig. Das „Korrespondenzblatt" brachte in Nr. 3 vom 15. Januar d. J. einen längeren Artikel, in welchem er das Verhalten der Minderheit und die Haltung des „Vorwärts" einer scharfen Kritik unterzog. In dem Artikel wird unter anderem auch die Entschließung des Parteiausschusses bekannt gegeben. Dort heißt es an einer Stelle: „Weiter stellt der Parteiausschuß fest, daß der „Vorwärts" seine Pflichten als Zentralorgan der Partei nicht erfüllt. Statt die Politik der Partei zu vertreten, fördert die Redaktion des „Vorwärts" die auf Parteizerrüttung gerichteten Bestrebungen. Damit verwirkt der „Vorwärts" jedes Recht als Zentralorgan der deutschen Partei zu gelten."

Bezüglich der Gewerkschaften heißt es in dem Artikel: Die Gewerkschaften sehen der Entwickelung der Dinge in der Partei mit der größten Besorgnis entgegen. Sie sind seit Menschengedenken mit der Partei durch vieles Gemeinsame in Gedankenwelt und Wirksamkeit verbunden. Beide sind aufeinander angewiesen und ihre Mitgliederkreise sind vielfach die gleichen. Es bedurfte nicht erst der Mannheimer Resolution, um beide zu veranlassen, sich in großen gemeinsamen Fragen der Arbeiterbewegung zu verständigen. Seit dem Mannheimer Beschluß ist aber die Entscheidung über solche Fragen in die Hand der beiderseitigen Zentralkörperschaften gelegt und die Verständigung dieser zur Voraussetzung der Aktion gemacht. Wir führen das nicht an, um für die Generalkommission ein Entscheidungsrecht über die gegenwärtig streitigen Fragen in Anspruch zu nehmen, sondern um darzutun, welche große Bedeutung der Mannheimer Parteitagsbeschluß den Gewerkschaften in der Gesamtarbeiterbewegung beigemessen hat. Aber an der gegenwärtigen Situation haben die Gewerkschaften ein Lebensinteresse, sowohl hinsichtlich der Politik der Reichstagsfraktion vom 4. August 1914 während der Dauer des Kriegszustandes, als auch in Bezug auf die Einheit der Partei. Die Politik des 4. August 1914 entspricht den vitalsten Gewerkschaftsinteressen! Sie sichert die Fernhaltung jeder feindlichen Invasion, sie schützt uns vor der Vernichtung blühender deutscher Wirtschaftszweige, sie schützt uns vor dem Schicksal eines unglücklichen Kriegsbeschlusses, der uns auf Jahrzehnte hinaus mit Kriegsentschädigungen belasten würde. Diese Politik sichert uns sowohl die heimischen Industrie- und Rohstoffgebiete, als auch die Zufuhr der für unsere Produktion benötigten Rohstoffe und die Ausfuhr und den Absatz unserer Erzeugnisse in andere Länder. Sie macht die strategischen und wirtschaftlichen Niederwerfungsgelüste unserer Gegner zunichte und gewährleistet der deutschen Arbeit die freie Entwickelung und den freien Weltmarkt. Wir haben die Interessen der deutschen Gewerkschaften am Ausgange dieses Weltkrieges in unserer Besprechung des Janssonschen Buches „Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis" eingehender dargelegt und möchten auch auf das Studium dieses für die streitigen Fragen außerordentlich wichtigen und lesenswerten Buches selbst verweisen. Die Gewerkschaften müssen an dieser Politik des 4. August 1914 unter allen Umständen festhalten und können nicht eindringlich genug vor den Bestrebungen warnen, diese Politik der jetzigen Fraktion zu durchkreuzen.

Nicht weniger sind die Gewerkschaften aber auch an der Einheit der sozialdemokratischen Arbeiterpartei interessiert, nicht allein, weil diese Partei seither die politische Interessenvertretung der Arbeitsklasse war und demgemäß auch die gewerkschaftlichen Forderungen zu vertreten hatte, sondern weil die Spaltung der Partei unter Umständen auch zu gefährlichen Zersplitterungsbestrebungen in den Gewerkschaften Anlaß und Nahrung geben könnte. Sie müssen daher erwarten und verlangen, daß nichts unversucht bleibt, um die Zersetzungsbestrebungen in der Fraktion unwirksam zu machen und deren weitere Ausbreitung zu verhindern. Sie müssen erwarten, daß die Fraktion den Kampf für die Politik des 4. August 1914 wesentlich ungeschwächt überwindet und nach wie vor als einheitliche und starke Interessenvertretung der Arbeiterklasse bestehen. Vor allem erwarten sie, daß mit den Spaltungspropagandisten kurzer Prozeß gemacht und deren Einfluß unschädlich gemacht wird. Darüber möge kein Zweifel walten, daß man die gegenwärtige, durch die ungeahndeten Disziplinbrüche hervorgerufene Krisis der Partei in Gewerkschaftskreisen als eine bitterste Wendung betrachtet, die die Gewerkschaften nicht unberührt lassen kann, sondern diese zwingt, rechtzeitig an den Schutz ihrer eigenen Interessen zu denken. Mögen die verantwortlichen Parteikreise ebenso rechtzeitig die Kraft finden, der gefährlichen Zersetzung Herr zu werden, und möge die Partei intakt und einig aus diesem Streit hervorgehen. Jede andere Lösung wäre ein Unglück für die deutsche Arbeiterbewegung.

Kriegsergebnis und Arbeiterinteressen.

Der Herausgeber der „Sozialen Praxis", Professor Dr. E. Francke beschäftigt sich in seiner Zeitschrift mit der Rede, die der britische Handelsminister Runciman am 11. Januar im englischen Unterhause gehalten hat. Er hebt aus dieser Rede folgenden Satz besonders hervor:

> „Wir müssen alles tun, um den deutschen Handel zu verstümmeln, zu beschneiden, zu zerquetschen und zu zerstören . . Und wenn wir Frieden machen, dann werden wir dafür sorgen, daß Deutschland nie wieder sein Haupt erhebt!"

Zu diesen im englischen Parlament mit lautem Beifall aufgenommenen Drohungen sagt Professor Francke: „Nicht zum wenigsten sind die großen Arbeitermassen Englands — die Ausnahmen zählen nicht — mit einer solchen Politik der Vernichtung Deutschlands einverstanden: einem lästigen Konkurrenten, der zu größeren Anstrengungen und schmäleren Verdiensten zwingt, zerbricht man am besten die Knochen — so denken Regierung, Unternehmer und Arbeiter Englands in schöner Eintracht. Man kann nicht oft und nicht eindringlich genug auf diese Tatsachen hinweisen. Sie rufen uns zu, was Deutschlands Schicksal sein würde, wenn unser Volk in diesem Kriege nicht aushält und siegt. England ist ja so gnädig, uns herablassend zu versichern, es wolle Deutschland nicht zu ewiger Armut verdammen, aber nie wieder dürfen wir unser Haupt erheben und ganz unten auf der Liste sollen wir bleiben! Niemand würde unter solcher Lähmung und Verkrüppelung unseres Wirtschaftslebens stärker leiden als der deutsche Arbeiter, dessen Dasein und Wohl von seinem Fleiß und seinem Geschick abhängen. Er und die Seinigen würden nicht nur unter dem Mangel an Arbeit leiden, sondern auch niedrigen Löhnen, langen Arbeitszeiten, schlechten Arbeitsbedingungen preisgegeben werden. Ein Tiefstand der Lebenshaltung in Nahrung, Kleidung, Kulturbedürfnissen wäre die Folge, die Verelendungstheorie würde dann erst zur Wahrheit werden, der Aufstieg und alle Errungenschaften, die Gewerkschaft, Genossenschaft, Arbeiterschutz, Sozialversicherung gebracht haben, wäre jäh in einen Absturz verwandelt — dank England und seinen Verbündeten, die Deutschlands Arbeitern als ihren wahren Feinden den Fuß auf den Nacken setzen würden."

Diese furchtbare Gefahr ist den Führern der großen Arbeiterverbände völlig klar. Neben den tausendfältigen Zeugnissen in Wort und Schrift, die jeder Tag fast hierfür bringt, weisen wir hier hin auf das treffliche Buch „Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis", eine Sammlung von Kundgebungen aus den freien Gewerkschaften. Die Leiter von 13 Verbänden sprechen hier ihre Ansichten aus, wie die Zukunft der deutschen Arbeiter von dem Ausgange dieses Krieges abhänge. Einmütig, ob Baugewerbe oder Berg- und Hüttenwerke, ob chemische oder graphische Industrie, die Holzarbeiter nicht minder als die Glasarbeiter und die Lederarbeiter, die Angehörigen der Metallverarbeitung ebenso wie die Schneider, die Webstoffarbeiter, die Steinarbeiter und die im Transportgewerbe Tätigen: sie alle, ohne Unterschied in der Sache, bekennen sich zu der Notwendigkeit des Durchhaltens und Siegens:

> „Hoffnungslos wäre die Zukunft, wenn dieser Krieg mit der Zertrümmerung Deutschlands endete" (K. Schmidt). „Wehe den deutschen Arbeitern, wenn wir nicht Sieger bleiben!" (Wissell). „In diesem Kriege geht es um die kulturelle und wirtschaftliche Zukunft des deutschen Volkes" (Winnig) „Es handelt sich um die Forderung, gleichberechtigt zu sein im wirtschaftlichen Wettbewerb" (Hue). „Ein Friede ist nötig, der die deutsche Industrie sichert gegen alle Bestrebungen, die ihre Vernichtung oder Schädigung zum Ziel haben" (Schneider). „Der Sieg Deutschlands im Weltkrieg ist geeignet, die Holzindustrie vor dem unermeßlichen Schaden zu bewahren, den ihr der Triumph der Feinde gebracht hätte" (Kayser). „Die Arbeiterschaft Deutschlands ist in ihrem eigenen Interesse verpflichtet, alles daran zu setzen, daß der Krieg zu einem günstigen Abschluß gebracht wird" (Girbig). „Deutschland muß siegen — was wir verlangen, ist die Freiheit der deutschen Arbeit" (Blum). Ein Wiederaufblühen unserer Industrie kann „nur durch den Sieg Deutschlands herbeigeführt werden" (Stühmer). „Die Steinarbeiter hoffen, daß sich das Kriegsglück auch fernerhin den Waffen der Zentralmächte zuneigen wird" (Staudinger). „Die Arbeiter der deutschen Textilindustrie haben ein Lebensinteresse daran, den Krieg mit einem für Deutschland günstigen Ausgang beendet zu sehen" (Krätzig). Wir hoffen, „daß ein für Deutschland erfolgreicher Friedensschluß dem deutschen Handel und Verkehr sowohl im Inlande wie auf dem Weltmarkt uneingeschränkte Entwicklungsmöglichkeiten bieten wird" (Müller). Wenn Englands Kriegsziel, „die Eroberung des deutschen Handels", auch nur zum Teil erreicht werden sollte, „so wäre das für die deutschen Arbeiter ein noch härterer Schlag als die Leiden, die der Krieg als solcher bringt . . . So lebendig auch der Friedenswunsch in der deutschen Arbeiterklasse lebt, so entschieden muß ein Frieden nach dem Willen der Gegner Deutschlands abgelehnt werden. Für die Emanzipation der deutschen Arbeiterklasse braucht diese ein ungeschwächtes und ungeteiltes Deutschland, das seine Wirtschaft und seine Kultur im Frieden mit den Völkern entwickeln kann" (Jansson).

Wilna.

(Von M. [illegible].)

(Schluß.)

[illegible] die alte Städte [illegible] Gebiete im [illegible]. Teils [illegible] Trachten, teils [illegible], teils [illegible] die von der [illegible] kommen und in [illegible] fahren, [illegible] aus der Heimat kommen und wieder zur Front fahren. Ein [illegible] Bild.

[illegible] vom Bahnhof heraus, so gelangt man auf [illegible] hat seine Zeit, [illegible] die jeden Menschen [illegible] und ihm allerlei feilbieten. [illegible] Handschuhe [illegible]. Da gilt es [illegible] nichts hilft, [illegible] unbarmherzig da[illegible] gefunden hat.

[illegible] Verkaufsbuden mit [illegible] im Schilde mit der [illegible]. [illegible] ist keine Not. Noch kleine [illegible]."

[illegible] wird man wieder von Händ[illegible] mehr von den herumstehenden [illegible] Kindern an, der Arm leben dort in der [illegible]. Besonders die [illegible] mit den Worten: Habe [illegible] Pfennige oder e Stück Brot. Gott [illegible]."

Dann kommt [illegible] mit den Worten: „Keine Hände, [illegible] gnädiger, guter Herr mit einem [illegible]. Dann kommt einer mit einem Stelzfuß, dann einer [illegible] den Rockärmel recht hoch hinauf[illegible] zu erwecken. Dann liegt eine alte Frau knieend im Schnee, dann eine blinde Frau, die mit gen Himmel gehobenen Händen laut betet. Und so geht es weiter, es ist, als wenn alles Elend auf die Straße geht.

Die Straßen Wilna sind in einem sehr schlechten Zustand. Ein Pflaster aus runden Steinen und voller großer Löcher, so daß es eine Qual ist, darauf zu gehen. Der sogenannte Bürgersteig ist aus Brettern hergestellt, die teils lang, teils quer liegen. Bei trockenem Wetter kann man darauf gut gehen, bei Schnee und Eis ist es lebensgefährlich. Der Bürgersteig ist durch einen sehr tiefen Rinnstein vom Straßendamm getrennt, sodaß die Fußgänger beim Ausweichen immer Gefahr laufen, in diesen hinein zu fallen. Da Kanalisation nicht vorhanden, läuft das ganze Schmutzwasser durch den Rinnstein.

Für die Pferde ist es in Wilna am besten, wenn Schnee liegt, denn dann fährt alles Schlitten. Diese sind sehr leicht gebaut und es sieht sehr zierlich aus, wenn die kleinen Russenpferdchen [illegible] mit den Schlitten galoppieren. Der Schnee wird nur bei überaus großen Schneefällen zusammengeworfen und [illegible], im allgemeinen wird er vom Bürgersteig auf die Straße geworfen. Ist die Schneedecke auf der Straße zu dünn, dann werden die Haufen Schnee, die vorher zusammengeschaufelt waren, wieder auseinander und auf die Straße geschaufelt.

Die Russen haben an der Entwicklung dieser vorwiegend von Polen und Juden bewohnten Stadt kein Interesse gehabt, im Gegenteil, sie haben alles getan, um alle Kultur zurückzuhalten. Kein Wunder, daß die ganze Bevölkerung den Einzug der Deutschen als eine Erlösung ansieht. Sie wünschen nichts anderes, als daß Wilna deutsch bleibt. Die größte Sorge und Angst der Leute ist, daß Wilna wieder an Rußland kommen könnte. In diesem Falle würden sehr viele Einwohner nach Deutschland ziehen.

Die Herren Liebknecht und Genossen, die Vertreter der Feindes Interessen im deutschen Reichstage, sollten sich einmal in Wilna über die Stimmung der Bevölkerung informieren, denn würden sie zu der Erkenntnis kommen, daß wir Deutsche etwas anderes zu tun haben, als wie der russischen Knute und deren Helfershelfern Galgendienste zu leisten.

So sprechen die deutschen Arbeiterführer, die sich politisch zur Sozialdemokratie bekennen. Und auf denselben Ton sind die Aeußerungen der christlichen Gewerkschaften, der deutschen Gewerkvereine, der sämtlichen Verbände der kaufmännischen und technischen Privatbeamten gestimmt. Ueberall tritt kraftvoll der Wille zum Siege zutage, aus der Einsicht, daß das Los der deutschen Arbeiter und Angestellten untrennbar mit dem Schicksal des Vaterlandes in diesem Weltkriege verbunden ist. Diesen Willen zum Siege halten wir zu Schutz und Trutz den englischen Anschlägen und Drohungen entgegen. Daß aber diese Pläne so offen von unseren Feinden enthüllt werden, begrüßen wir aufrichtig: solche Reden wie die des Handelsministers und die laute Zustimmung des Parlaments sollten in Deutschland überall verbreitet und an unseren Fronten eifrig gelesen werden, damit alle, die noch in Zweifel, Irrtum und törichtem Wahn verharren, bewußt werden, was unsere Feinde im Sinne mit der deutschen Arbeit und ihren Trägern haben. „Nie wieder soll Deutschland sein Haupt erheben", schallt es aus London, und wir antworten mit dem Reichskanzler: „Deutschland läßt sich nicht vernichten!"

Kriegswirkungen im Handwerk.

Es war natürlich, daß weite Kreise des Handwerks von den schädlichen Wirkungen des Krieges am schwersten betroffen werden mußten. Schon durch die Einziehung. Ganz abgesehen von den ungleichen Aussichten auf Zurückstellung, konnten Leiter mittlerer oder großer Gewerbebetriebe, wenn sie eingezogen wurden, viel leichter ersetzt werden, als Leiter kleiner und kleinster Geschäfte. In zahlreichen Fällen zwang also die Einziehung eines Handwerkers zur Einstellung seines Betriebes. Handwerker pflegen an und für sich sehr militärtauglich zu sein; das und ihre große Verwendbarkeit im modernen Kriege brachten es mit sich, daß sich ihre Reihen bei den Einziehungen am ehesten lichteten. Die handwerksmäßigen Betriebe aber, die, mehr oder weniger vollständig, aufrechterhalten werden konnten, mußten bald erfahren, wieviel schwerer es ihnen als den großen Betrieben gemacht war, ihre Warenerzeugung auf die kriegswirtschaftlichen Marktverhältnisse einzustellen. Es fehlte ihnen an den Beziehungen, um Heeresaufträge zu erlangen, und wenn sie solche irgendwie erlangen konnten, so fehlte es ihnen in der Regel an Mitteln für die etwa notwendigen Neueinrichtungen in ihren Betrieben. Erst nachdem für das Kriegslieferungsgeschäft die goldigsten Monate vorüber waren, brachten es die dafür mit in Betracht kommtenden Handwerker durch neue Organisationen fertig, sich den kriegswirtschaftlichen Verhältnissen einigermaßen anzupassen. Und mehr als eineinhalb Kriegsjahre mußten ins Land gehen, bevor in diesen Tagen in Berlin Vertreter der preußischen Handwerkskammern zusammenkommen konnten, um über die „in Aussicht stehende zentrale Vergebung von preußischen Handwerkskammern" Rat zu pflegen. Jetzt erst schickt man sich an, in Berlin eine gemeinsame rechts- und vertragsfähige Zentrale zu schaffen, die korporativ die Lieferungen übernimmt, sie bis in die letzten Kanäle des Handwerks, bis zum Heimarbeiter leitet, ihre Ausführungen überwacht, die Ablieferung und Abrechnung mit den Behörden unter eigener Verantwortung und Haftung besorgt.

Der soeben veröffentlichte Verwaltungsbericht der Gewerbedeputation des Berliner Magistrats für das Jahr 1914 läßt manche Schlüsse zu, wie groß die Verheerungen sind, die der Krieg in den Betriebn mancher Handwerkergruppen angerichtet hat. Es ist dafür z. B. bezeichnend, daß der Oberpräsident von Berlin alle Anträge auf Errichtung neuer Zwangsinnungen zurückstellen mußte, weil die gesetzlich vorgeschriebene Abstimmung der beteiligten Gewerbetreibenden über diese Anträge kein richtiges Bild geben würde, da zu viele Handwerker infolge ihrer militärischen Einziehung oder infolge Einstellung ihres Betriebes an den Abstimmungen nicht teilnehmen könnten. Ebenso sind auch keine neuen freien Innungen errichtet worden. Die Mitgliederzahl der einzelnen Innungen hatte bis zum 31. Dezember 1914 im allgemeinen noch keine erheblichen Einschränkungen erfahren, nur bei der Tischlerinnung war sie um beinahe ein Drittel zurückgegangen. Dagegen hatte sich in der Ausbildung des Nachwuchses im Handwerk ein Rückgang schon mehr bemerkbar gemacht. Bei den meisten Innungen war die Zahl der Lehrlinge gegen das Vorjahr zurückgegangen, besonders zeigte sich dies bei den Innungen der Bau-, Maurer- und Zimmermeister, der Drechsler, Tapezierer, Tischler und Töpfer. Nur bei den Innungen der Bäcker, Schmiede und Zeugschmiede hatte sich die Zahl der Lehrlinge erheblich gesteigert. Der allgemeine Rückgang in der Lehrlingsbildung wird auch dadurch gekennzeichnet, daß die Gewerbedeputation im Berichtsjahre 1914 nur in 281 Fällen (darunter an 39 weibliche Personen) die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen auf Antrag verleihen konnte, während dies im Vorjahr in 2105 Fällen (darunter an 424 weibliche Personen) geschehen war.

Das sind alles Wirkungen, die bereits in den ersten fünf Kriegsmonaten eintraten; die schlimmsten Wirkungen konnten aber erst im Laufe des Jahres 1915 eintreten, da die meisten Betriebsleiter vorher dem Wirtschaftsleben noch nicht entzogen worden waren. Inzwischen haben sich in unserem Wirtschaftsleben durch den Krieg auch viele Umwälzungen vollzogen, die das Wirkungsgebiet des Handwerks dauernd einschränken müssen. Die Kriegsverhältnisse haben die Großmühlen auf Kosten der kleinen Mühlen, die Brotfabriken auf Kosten der kleinen Bäcker, die Wurst- und Konservenfabriken auf Kosten der Ladenschlächter begünstigt; der Großhandel hat im Kriege manche Aufgaben mit übernommen, die früher den einzelnen Handwerken einträgliche Nebenbeschäftigungen boten, wie der Wildeinkauf den Metzgern, und auch die sozialwirtschaftliche Tätigkeit der Stadtverwaltungen hat in vielen Fällen das Wirkungsfeld des Handwerks vereinigt, wie die von solchen eingerichteten Lebensmittelversorgungsgesellschaften, Schlächtereien, Bäckereien usw. beweisen. Nach dem Kriege muß das Handwerk bei uns wie in den anderen fortgeschrittenen kriegführenden Ländern ein stark verändertes Bild gegenüber den früheren Verhältnissen bieten. Handwerke, die schon krank waren, wie die Schuhmacherei, die Schneiderei, die Sattlerei, Klempnerei, Tischlerei usw. werden sehr zusammengeschrumpft sein und fabrikmäßigen Betrieben Platz gemacht haben, bei den lebensfähig gebliebenen Handwerkern wird man den Charakter von Hilfsgewerben bestimmter Industrien viel deutlicher ausgeprägt finden wie ehedem, und der Einzelunternehmer dieser lebensfähigen Handwerke wird ein ausgesprochener Verbandshandwerker geworden sein, der den größten Teil seiner einstigen Selbständigkeit an seinen Berufsverein abgetreten hat.

Die Lage des Arbeitsmarktes.

im Monat Dezember 1915 wird im „Reichsarbeitsblatt" wie folgt gekennzeichnet. Der Beschäftigungsgrad der Industrie war im allgemeinen befriedigend und bei den Hauptindustrien die der Kriegswirtschaft dienen, gut und recht gut. Eine Ausnahme macht nur der Baumarkt und das mit Arbeitseinschränkungen tätige Webestoffgewerbe. In der Regel ist dem gleichen Monat des Vorjahres gegenüber die Lage der Industrie im Berichtsmonat besser gewesen.

Am regsten beschäftigt waren nach wie vor Bergbau- und Hüttenwesen wie die meisten Zweige der Metall- und Maschinenindustrie. Die chemische Industrie wie die Holzindustrie zeigen im ganzen unveränderte Geschäftslage. Teilweiser Besserung erfreute sich die elektrische Industrie wie das Nahrungsmittelgewerbe. Die Binnenschiffahrt zeigt für den Rheinschiffahrtsverkehr ein sehr günstiges Bild.

Die Nachweisungen der Krankenkassen ergeben für die in Beschäftigung stehenden Mitglieder am 1. Januar 1916 dem 1. Dezember 1915 gegenüber eine Abnahme der männlichen Beschäftigten um 90 850 oder 1,88 v. H. gegenüber einer Verringerung um 1,58 v. H. im Vormonat; bei den weiblichen Beschäftigten ist abweichend von den Feststellungen für die Vormonate, jedoch in Uebereinstimmung mit der um die Jahreswende regelmäßig eintretenden Verringerung der weiblichen Beschäftigung ein Rückgang um 68 322 oder 1,67 v. H. (gegenüber einer Steigerung um 0,64 v. H. im Vormonat) zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Beschäftigten hat um 159 172 oder 1,78 v. H. im Vergleich zu 0,58 v. H. im Vormonat abgenommen. Die Steigerung der Abnahme der Beschäftigten geht fast allein auf den Rückgang der Ziffer der weiblichen Beschäftigten zurück. Diese Verminderung ist wie in früheren Jahren auch diesmal im wesentlichen eine Folge der Beendigung des Weihnachtsgeschäftes. Zu berücksichtigen ist bei dem Rückgang der männlichen Beschäftigungsziffer, daß der Umfang der Kriegsgefangenenarbeit, der nicht unbeträchtlich ist und vielfach von Monat zu Monat zunimmt, in den Ergebnissen der Krankenkassenstatistik nicht zur Erscheinung kommt.

Von 829 978 Mitgliedern, über welche von 39 Fachverbänden berichtet worden ist, waren 21 674 oder 2,6 v. H. arbeitslos. Im Vormonat war über 881 100 Mitglieder berichtet und eine Zahl von 22 171 Arbeitslosen oder 2,5 v. H. festgestellt worden. Der Anteil der Beschäftigungslosen war im Dezember demnach um ein geringes höher als im Vormonat, eine Erscheinung, die Ende des Jahres infolge der größeren Arbeitslosigkeit vor allem im Baugewerbe regelmäßig und zwar meist in stärkerem Maße wahrzunehmen ist. Im Dez. 1914 hatte die Arbeitslosigkeit noch 7,2 v. H. betragen. Auch im gleichen Monat des letzten Friedensjahres, im Dezember 1913, stellte sich die Arbeitslosenziffer auf 4,8 v. H., also beträchtlich höher als im Berichtsmonat.

Die Statistik der Arbeitsnachweise zeigt für den Berichtsmonat gegenüber dem Vormonat bei den Männern eine unbedeutende Zunahme, bei den Frauen eine ziemlich beträchtliche Verringerung des Andranges. Es entfallen nämlich im Berichtsmonat auf 100 offene Stellen bei den Männern 90 gegenüber 89 Arbeitsuchenden in den Monaten September bis November; bei den Frauen kommen auf 100 offene Stellen im Dezember 1915 151 Arbeitsgesuche gegenüber 179 im November und 182 im Oktober 1915.

Die Berichte der Arbeitsnachweisverbände lassen für Posen, Schlesien, Hannover, Braunschweig und Oldenburg wie für Westfalen und ferner für Bayern eine wesentliche Aenderung in der Lage des Arbeitsmarktes nicht erkennen. In Hamburg hat sich der Arbeitsmarkt für die männlichen Beschäftigten gegenüber den Vormonaten gleichfalls nicht verschoben, während bei den weiblichen Erwerbstätigen die Zahl der Arbeitsuchenden bei gleichzeitiger Steigerung der offenen Stellen nicht unwesentlich abgenommen hat. Für Provinz Sachsen und Anhalt wird betont, daß bei zahlreichen Zuckerfabriken infolge der Beendigung ihrer Haupttätigkeit Arbeiterentlassungen vorkamen, daß aber, insbesondere für die männlichen Beschäftigten, die Unterbringung der Arbeitskräfte ohne Schwierigkeiten möglich war; auch für die Arbeiterinnen erfolgten erhebliche Einstellungen in anderen Berufen. Aus Schleswig-Holstein wird über andauernd befriedigende, teilweise sogar günstige Lage des Arbeitsmarktes berichtet. Auch in Württemberg wird die Lage als weiterhin gebessert, namentlich für Arbeitsuchende weiblichen Geschlechts, gekennzeichnet. Im Rheinland stieg die Nachfrage nach Arbeitskräften im Bergbau- und Hüttenwesen; in der Eisen- und Stahlindustrie wie im Webstoffgewerbe blieben die Verhältnisse im allgemeinen unverändert, während im Baugewerbe sich ein Rückgang von Angebot wie Nachfrage zeigte. In Hessen und Hessen-Nassau wie in Baden und auch Pommern war der Arbeitsmarkt wie jedes Jahr um diese Zeit ruhig; auch für Brandenburg-Berlin war der Verkehr auf dem Arbeitsmarkt im Dezember weniger rege als im November.

Krankenrente für Kriegsteilnehmer.

Nach den gesetzlichen Bestimmungen haben diejenigen Versicherten, die 26 Wochen lang krank und arbeitsunfähig gewesen sind, für die weitere Dauer der Arbeitsunfähigkeit Krankenrente zu beanspruchen. Das ist für die Kriegsteilnehmer, deren überwiegende Mehrheit bei der Invalidenversicherung versichert sein dürfte, sehr wichtig.

Nach der Rechtsprechung des Reichsversicherungamtes ist die Krankenrente auch dann zu gewähren, wenn die Kranken zwar nicht zeitig invalide im Sinne des Gesetzes sind, sondern wenn nur die Gefahr des Eintritts der Invalidität besteht, die durch ein Heilverfahren abgewendet werden soll. Demnach haben Kriegsteilnehmer, die infolge einer Verwundung oder Erkrankung länger als 26 Wochen krank und arbeitsunfähig sind, Anspruch auf Krankenrente aus der Invalidenversicherung, sofern wenigstens 200 Wochenbeiträge nachgewiesen sind, für die weitere Dauer ihrer Arbeitsunfähigkeit. Wenn z. B. ein Kriegsteilnehmer am 16. August 1915 verwundet wurde und am 15. Februar 1916 noch erwerbsunfähig krank ist, so hat er von diesem Tage (15. Februar) ab Anspruch auf Krankenrente der Invalidenversicherung und zwar auf die Dauer der weiteren Erwerbsunfähigkeit. Die Höhe der Krankenrente richtet sich nach der Dauer und Höhe der geleisteten Invalidenversicherungsbeiträge und wird in der Regel zwischen 14 bis 24 Mark pro Monat betragen.

Durch einen großen Teil der Tagespresse ging nun kürzlich die Abhandlung eines unbekannten Verfassers, in welcher im Grunde der Anspruch derjenigen Kriegsteilnehmer auf Krankenrente verneint wird, die nicht mindestens 66⅔ Prozent erwerbsunfähig sind. In einer weiteren Abhandlung, die auch in der Tagespresse erschien, wird in derselben Frage „zur Widerlegung einer irrigen herrschenden Ansicht" bemerkt, daß die durch den Aufenthalt im Lazarett oder dergleichen selbstverständlich bestehende völlige Erwerbsunfähigkeit nicht genüge, den Anspruch auf Krankenrente zu begründen; maßgebend sei vielmehr, daß die Erwerbsbeschränkung an sich als mindestens 66⅔prozentige nachgewiesen wird.

Von manch anderen Seiten wird auch geltend gemacht, daß Mannschaften, die im Heeresdienst stehen, überhaupt keinen Anspruch auf Invaliden- oder Krankenrente erheben können, da diese, so lange sie dem Heere angehören, von der Heeresverwaltung zu versorgen seien.

Im Hintergrunde dieser Abhandlungen und bestimmend für ihr Bestreben steht die Besorgnis, es könne eine „Vergeudung" von Mitteln der Landesversicherungsanstalten eintreten, wenn den Anträgen der Kriegsteilnehmer auf Bewilligung der Krankenrente in den erwähnten Fällen stattgegeben würde. Diesem Bestreben, gleichviel von welchen Gründen es direkt sein mag, kann nicht rechtzeitig genug entgegengetreten werden. Es handelt sich hier nicht um die Neuauslegung einer gesetzlichen Bestimmung, sondern darum, die Kriegsbeschädigten zu dem einem Zivilisten in gleicher Lage ohne Zweifel zustehenden Rechte auf Krankenrente zu verhelfen. Der Verfasser erwähnten Artikels erblickt zwischen dem mit militärischen Eigenschaften ausgestatteten Lazarettkranken einen wesentlichen Unterschied gegenüber dem bürgerlichen Kranken. Diese Auffassung, die sich leider auch einige Landesversicherungsanstalten zu eigen machen, ist jedoch keineswegs stichhaltig.

Erfreulicherweise besteht die Ansicht auch an den maßgebenden Stellen, wie dies besonders die zugunsten der Kriegsteilnehmer ergangenen Entscheidungen des Reichsversicherungsamtes auf dem Gebiete der Krankenversicherung beweisen. Die Reichsversicherungsordnung geht von dem Bestreben aus, die Invalidenversicherung möglichst lückenlos an die Krankenversicherung anzuschließen. Hierin liegt ja auch der Wert und die Bedeutung der Krankenrente.

Aber auch der Auffassung, daß Erkrankten, die weniger als 66⅔ Prozent erwerbsbeschränkt sind, die Krankenrente nicht zusteht, tritt das Reichsversicherungsamt in einer Entscheidung aus dem Jahre 1912 entgegen. In der Begründung dieser Entscheidung wird u. a. ausgeführt:

Wenn auch nach dem Gutachten des Kreisarztes die Beschränkung der Erwerbsfähigkeit des Klägers nur etwa 40 vom Hundert betrug und er somit an sich physisch fähig war, die zur Erzielung des früheren Mindestverdienstes erforderlichen Arbeitsverrichtungen vorzunehmen, so ist doch zu berücksichtigen, daß der Kläger sich noch schonen mußte und durch die zur Heilung seines Leidens anzuwendenden Maßnahmen in der Ausnützung seiner vollen Arbeitskraft beschränkt war. Der Kläger ist daher für die weitere Schonungsbedürftigkeit zum Bezuge der Krankenrente nach § 1255 Abs. 3 der Reichsversicherungsordnung berechtigt.

In einer weiteren Revisionsentscheidung aus dem Jahre 1910 hat das Reichsversicherungsamt den Grundsatz ausgesprochen, daß Erwerbsunfähigkeit im Sinne der Beanspruchung der Krankenrente aus der Invalidenversicherung auch dann vorliegt, wenn ein Versicherter, dessen Erwerbsfähigkeit noch nicht auf weniger als ein Drittel herabgesetzt ist, doch infolge Durchführung eines zur Abwehr drohender Invalidität von ihm eingeleiteten Heilverfahrens nicht in der Lage ist, das für ihn in Betracht kommende Lohndrittel zu verdienen.

Nachdem das Reichsversicherungsamt ferner in einem Bescheid vom 5. Mai 1915 ausdrücklich darauf verwiesen hat, daß die Bezüge auf Grund der Militärrentengesetze den Anspruch auf die Leistungen aus der reichsgesetzlichen Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung unberührt lassen, besteht wohl kein Zweifel darüber, daß bei aufrechterhaltener Anwartschaft allen Kriegsbeschädigten für die weitere Dauer des 26 Wochen übersteigenden Lazarettaufenthalts die Krankenrente aus der Invalidenversicherung zu gewähren ist.

Der Antrag auf Gewährung der Krankenrente ist bei dem Versicherungsamte zu stellen, in dessen Bezirk der Versicherte zur Zeit des Antrages wohnt oder beschäftigt ist. Als Wohnort kommt nicht der Wohnsitz, sondern der Ort, an welchem ein längerer Aufenthalt stattfindet, in Betracht.

Kriegsteilnehmer, die infolge Verwundung oder Erkrankung vorübergehend länger als 26 Wochen erwerbsunfähig waren und jetzt wieder dienstfähig sind, sind berechtigt, auch noch nachträglich die Krankenrente für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit zu verlangen. Es ist jedoch zu beachten, daß die Krankenrente gemäß § 1253 der Reichsversicherungsordnung vom Tage der Antragstellung an nur auf ein Jahr rückwärts nachverlangt werden kann. Die vom Tage der Antragstellung über ein Jahr zurückliegende Zeit ist der Verjährung anheimgefallen. Es ist also in allen Fällen zweckdienlich, den Antrag auf Krankenrente zu stellen, sobald die eingangs erwähnten Voraussetzungen erfüllt sind.

Eine Veranlassung, Kriegsbeschädigte, die für Deutschlands Schutz und Ehre ihre Gesundheit geopfert haben und sich nun zur Abwendung der Invalidität in Heilbehandlung befinden, gegenüber bürgerlichen Kranken schlechter zu stellen, kann und darf auf keinen Fall vorliegen. Die für diesen sozialen Zweck verwendeten Mittel der Landesversicherungsanstalten werden sicherlich nicht vergeudet.

H. Schnitzler-Nürnberg.

Rundschau.

Bureau für Sozialpolitik.

In den Räumen der Berliner Sezession wird am 27. Febr. eine Ausstellung eröffnet werden, der das Thema „Die Kunst im Kriege" zu Grunde liegt. Diese Ausstellung verdankt ihre Entstehung zu einem guten Teile dem Widerspruch der Sozialreformer gegen die Erzeugnisse des Kriegsschundgewerbes. Den gemeinnützigen Verbänden, die sich um die allgemeine kulturelle Schulung unseres Volkes bemühen, konnte es nicht gleichgültig sein, wenn Sinn und Interesse unserer Arbeiterschaft, unserer

Jugend, unserer Feldgrauen durch geschmacklich unreife Erzeugnisse des Gewerbes planmäßig verdorben werden. Eine Verniedlichung des Krieges durch „Granaten"bonbonieren, aufklappbare Heldengräber, „Seeminen"-Attrappen entspricht nach ihrer Ansicht ebensowenig dem Ernst unserer Zeit wie Sparbüchsen aus der Gestalt Hindenburgs, Handtücher mit dem Kaiserbildnis, Aschenbecher mit Kronprinzenköpfen. Die Sozialpolitiker erblicken aber auch in der Herabwürdigung des Herstellers solcher Güter zu einem Handlanger widerlichen Kitsches einen beklagenswerten Tiefstand unseres gesamten Arbeitslebens. Nicht allein, daß sie in den Tagen nationaler Größe die deutsche Arbeiterschaft vor dem Ankauf wertloser, in späteren Jahren unbeachteter oder verachteter Widergaben von Ereignissen, Gestalten und Gegenständen der Selbstverteidigung unseres Volkes zu bewahren wünschen, sehen sie den Arbeitsvertrag, das Arbeitsrecht durch die Kriegsschundfabrikation gleichermaßen gefährdet. Denn schlechte Arbeit bedeutet Herabsetzung der Löhne, Verschlimmerung der Arbeitshetze, der Entlöhnungsformen, kurz aller Erscheinungen, die das Arbeitsleben eng berühren. Die Sozialpolitiker wünschen mit der Gegenüberstellung von Beispielen und Gegenbeispielen in der Ausstellung an der Beseitigung eines Mißstandes mitzuwirken, der Volk und Kunst in gleicher Weise schädigen muß. Sie hoffen, den breiten Massen die Augen zu öffnen, was künstlerischer Niederschlag des Kriegserlebnisses auf der einen, spekulative Ausnutzung der Kriegskonjunktur auf der anderen Seite ist.

Zentralstelle für Heereslieferungen des Handwerks.

In Berlin hat am 6. Februar eine für das deutsche Handwerk bedeutsame Sitzung stattgefunden, an der Vertreter fast aller preußischen Handwerkskammern teilgenommen haben. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die „Beratung über die in Aussicht stehende zentrale Vergebung von preußischen Heereslieferungen (mit Ausnahme derjenigen der Feldzeugmeisterei) an die preußischen Handwerkskammern." Wie der Vorsitzende mitteilte, beabsichtigt das stellvertretende Ingenieurkomitee, an den von ihm für das preußische Heer zu beschaffenden Arbeiten und Lieferungen, soweit sie für das Handwerk geeignet sind, das vaterländische Handwerk mehr als bisher zu beteiligen. Dazu sei aber erforderlich, daß die preußischen Handwerkskammern eine juristische Persönlichkeit, eine rechts- und vertragsfähige Zentrale schaffen, die korporativ die Lieferungen übernimmt, sie bis in die letzten Kanäle des Handwerks, bis zum Heimarbeiter leitet, ihre Ausführung überwacht, die Ablieferung und Abrechnung mit den Behörden unter eigener Verantwortung und Haftung besorgt. Die Handwerkskammern selbst sind dazu nicht berechtigt; sie können aber eine geeignete Zentralstelle, etwa in Form einer G. m. b. H. errichten. In einer eingehenden Aussprache äußerte sich eine große Reihe von Kammervertretern zustimmend, und in namentlicher Abstimmung wurde im Einverständnis mit der Geschäftsstelle des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages einstimmig beschlossen, eine Zentralstelle zur korporativen Uebernahme und Vergebung von preußischen Heereslieferungen in Berlin zu errichten, und zwar unter Zuziehung aller jener nichtpreußischen Kammern, deren Kontingente preußischen Armeekorps zugeteilt sind.

Schuhe ohne Leder.

Vor einiger Zeit ist gemeldet worden, daß die Deutschen Werkstätten in Hellerau bei Dresden Schuhe erfunden haben, die ohne jede Verwendung von Leder hergestellt sind. Sie sollen ein billiger Ersatz für die seit geraumer Zeit so teuer gewordenen Lederschuhe und Lederstiefel sein. Die Schuhe sind inzwischen sorgfältig ausprobiert worden und kommen nunmehr unter dem Namen „Kriegsstiefel" in den Handel. Der Oberteil dieser Schuhe besteht aus starkem, wasserdichtem grauen oder schwarzen Segeltuch, wie es die Militärbehörde für die Herstellung ihrer Tornister vorschreibt. Die Brandsohlen, Laufsohlen und Absätze sind aus Holz, und zwar dünne Holzschichten kreuzweise wasserdicht verleimt. Diese kreuzweise Verleimung ist äußerst widerstandsfähig und fest, und sie bewirkt, daß ein Spalten des Holzes ausgeschlossen ist. Die Sohlen selbst sind elastisch, und man geht in den Schuhen ebenso bequem wie in Lederstiefeln. Die Kriegsstiefel sind nicht etwa plumpe, schwere Holzschuhe, sondern sie haben die Form und das Gewicht wie Lederstiefel. Die Sohlen halten sogar wärmer als solche aus Leder, weil Holz ein schlechter Wärmeleiter ist. Die Stiefel sind ebenso wasserdicht als es Lederstiefel auch sind. Die Absätze sind für gewöhnlich mit Eisen beschlagen. Die Holzsohlen können zur Erhöhung ihrer Haltbarkeit mit flachen, runden Nägeln und die Absätze mit Gummiplatten versehen werden. Das Anbringen neuer Sohlen und Absätze kann man, wenn nur einigermaßen Geschick vorhanden ist, selbst vornehmen; sonst kann es natürlich auch jeder Schuhmacher und T i s c h l e r (!) tun.

Es ist vor allem darauf zu achten, daß rechtzeitig neue Laufsohlen angebracht werden, und die Brandsohle mit dem Segeltuch nicht abgelaufen und beschädigt wird. Die Schuhe ohne Leder halten ebenso wie Lederschuhe um so länger, je besser man sie pflegt, worüber es genaue und leicht zu befolgende Vorschriften gibt. Die Hellerauer Kriegsstiefel werden in 21 Größen angefertigt. Ihr Preis beträgt je nach Größe 5,25, 5,50, 5,75 Mark usw. bis zu 10 Mark. Mit Gummiabsätzen kostet das Paar 50 Pfennig mehr. Ersatzsohlen kosten das Paar 55 bis 65 Pfennig. Wenn nach Kriegsende die Materialien auf die alten Preise zurückgehen, sollen die Stiefel noch billiger werden. Jedenfalls bietet diese Erfindung der Kriegsstiefel einen neuen Beweis dafür, wie die deutsche Industrie sich den durch den Krieg veränderten wirtschaftlichen Verhältnissen anzupassen versteht. Unsere Feinde werden allerdings erbauliche Betrachtungen darüber anstellen, daß das deutsche Kunsthandwerk sich jetzt mit dem Anfertigen von Stiefeln befaßt, und daß man, wenn diese ausgebessert werden sollen, zum — T i s c h l e r schickt.

Zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Die ungeheure Gefahr, welche dem Bestand der Nation aus der großen Verbreitung der Geschlechtskrankheiten erwächst, wurde durch die Zahlen, welche Professor Blaschko, der Generalsekretär der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, auf der jüngsten Tagung der Zentralstelle für Volkswohlfahrt vorbrachte, in erschreckender Weise verdeutlicht.

Die eine der beiden Geschlechtskrankheiten, die Gonorrhoe, führt sehr oft zu Erkrankungen der männlichen und weiblichen Keimdrüsen und bedingt so völlige oder teilweise Unfruchtbarkeit. Blaschko berechnet, daß auf jede gonorrhoische Ehe durchschnittlich der Verlust von einem Kinde kommt. Nun sind die Geschlechtskrankheiten in den Städten, besonders in den Großstädten, viel verbreiteter als auf dem Lande, man kann sagen, daß in einer Stadt wie Berlin 50 Prozent der Männer an Gonorrhoe erkranken, so daß dort auf je 100 Ehen ein Verlust von 50 Kindern käme. Für ganz Deutschland wird de. durch die Gonorrhoe verursachte jährliche Ausfall an Geburten auf 160 000 bis 200 000 geschätzt.

Die Syphilis verursacht auch zu einem gewissen Prozentsatz Unfruchtbarkeit, häufiger aber die Geburt toter oder wenig lebensfähiger Früchte oder minderwertiger, degenerierter Nachkommen. Hier wirkt der schädigende Einfluß weniger auf die Quantität als auf die Qualität der Nachkommen. Da die städtische und großstädtische Bevölkerung einen großen Bruchteil der Gesamtbevölkerung ausmacht und in diesen Schichten die Geschlechtskrankheiten besonders verbreitet sind, ist es offenbar, daß sie nicht nur die Geburtenziffer herabsetzen, sondern auch die Zusammensetzung des Nachwuchses der Nation in höchst verderblichem Maße beeinflussen. Nun wird durch diese Zunahme der Geschlechtskrankheiten während des Krieges und die Verschleppung dieser Seuchen in die Familien nach dem Kriege diese Frage zu einer besonders wichtigen und dringenden. Staat und Gesellschaft haben hier ein reiches Feld zur Betätigung.

Wir verweisen diejenigen unserer Leser, die sich für diese Fragen besonders interessieren, auf die gemeinnützige Arbeit der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, deren Geschäftsstelle Berlin W. 66, Wilhelmstr. 48, auf Wunsch unentgeltliche Flugschriften und Drucksachen versendet.

Ehrentafel

R u d o l f K r o m e r, Vorsitzender des Ortsvereins D ö b e l n, 43 Jahre alt, nach schwerer Verwundung im Hospital in Agrau gestorben.

R e i n h o l d S y l v e s t e r, Mitglied des Ortsvereins Schmölle, nach schwerer Verwundung auf dem Transport gestorben.

Ehre ihrem Andenken.

Für hervorragende Tapferkeit haben das Eiserne Kreuz erhalten:

W i l h. P e t e r, Mitglied des Ortsvereins Berlin VII., Modelltischler.

G e o r g S c h ö n b o r n, Mitglied des Ortsvereins Langenöls.

T h e o d o r B r o s c h i n s k i, Mitglied des Ortsvereins Hamburg, der bereits mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichnet ist, hat dazu noch das H a n s e a t i s c h e K r e u z erhalten.

K. K l o d e, Mitglied des Ortsvereins Schwelm.

Patentschau.

Mitgeteilt vom Verbands-Patentamt Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte kostenlos.

Angemeldete Patente:

Kl. 64 a. S. 43 168: Behälter aus beliebigem Stoff für flüssigen Inhalt, wie flüssige Putzmittel, Farbe, Möbelpolitur Oele o, dergl. G. Siegel, Wiesbaden. Angemeldet am 5. 11. 14.

Kl. 34g 290 293: Siegesofa mit anhebbarem Wendrahmen und ausschwingendem Kopfpolster. F. Fischer, Berlin-Steglitz. Angemeldet am 30. 7. 14.

Kl. 38d. K. 54 452: Maschine zum Einpressen von Verzinkungen in Holz. W. Kelly, Chicago. Angem. am 31. 3. 13.

Erteiltes Patent:

Kl. 34g 290 490: Zusammenlegbares Bettgestell mit auf Scherenfüßen ruhenden, starren Seitenwangen. H. Thelsen, München. Angemeldet am 7. 11. 14.

Gebrauchsmuster:

Kl. 34g. 641 728: Verstellbare Fußbank. H. Büttner, Stettin. Angemeldet am 3. 1. 16.

Kl. 34r. 641 842: Aufklappbare Sofaarmlehne. W. Tödheide, Schildesche, Kreis Bielefeld. Angemeldet am 3. 1. 14.

Dieser Nummer der „E i c h e" liegt für jeden Ortsverein die g r a u e statistische Karte bei, um deren genaue Ausfüllung und pünktliche Einsendung dringend gebeten wird.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 8. Wochenbeitrag für das Jahr 1916 fällig.

Einheitliche Vereinsabzeichen.

Alle unsere Mitglieder werden auf die einheitlichen Vereinsabzeichen hiermit aufmerksam gemacht. Die **Vereinsnadel** kostet das Stück **50 Pfg.**, **Manschettenknöpfe** das Paar 1 Mk., und werden dieselben — **nach Einsendung des Betrages an den Hauptkassierer Zielke** — sofort den Vereinen zugestellt.

Anzeigen.

Für den Inseratenteil ist die Redaktion den Lesern gegenüber nicht verantwortlich.

Tüchtige Fertig- und Grundpolierer sofort gesucht. Zeugnisabschriften und Lohnforderung erbeten an **Steinway & Sons**, Hofpianofortefabrik, **Hamburg 6**, Schanzenstr. 20/24.

Jena. Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstützung bei **Carl Möller**, Greifgasse 2, Ecke Oberlauengasse.

Schweidnitz (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten Verpflegungskarten im Werte von 75 Pfg. bei allen Ortsvereinskassierern. Kollegen welche hier keinen Ortsverein haben erhalten die Karten beim Ortsverbandskassierer [illegible] Reiner, [illegible]platz 13

Burg b. Magdeburg. Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pfg. Ortsverbandsgeschenk beim Kassierer Wilh. Prinap, Holzstraße 2.

Döbeln. Durchreisende erhalten in der Herberge „Zur Heimat" freies Nachtquartier und Frühstück. Karten sind beim Kollegen P. Hauptmann, Roßweinerstraße 9 zu haben.

Bitterfeld (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Verbandsgeschenk von 75 Pfg bei den Ortsvereinskassierern ihres Berufs; sind Berufe nicht am Orte vertreten, beim Verbandskassierer O. E p p e n d o r f, Hallischestraße 27.

Frankfurt a. M. Das Arbeitersekretariat und der Arbeitsnachweis der deutschen Gewerkvereine befindet sich Alte Mainzergasse 90. Durchreisende und arbeitslose Kollegen wollen sich dort melden.

Ulm a. D. Durchreisende Gewerkvereinskollegen erhalten 1 Mk. Unterstützung als Ortsgeschenk vom Ortsverbandskassierer **Breiner**, Pfauengasse 17.

Gelsenkirchen. Durchreisende Kollegen erhalten vom Ortsverband 1 Mk. bei **W. Mayer**, Josefstr. 30.

Liegnitz (Ortsverband). Verpflegungskarten für durchreisende Gewerkvereinskollegen beim Ortsverbandskassierer P a u l W u t t k e, Georgenstr. 3. Verkehrslokal ist „Prinz von Preußen", Glogauerstraße.

Leipzig. Durchreisende Gewerbvereinskollegen erhalten die Karten für das Ortsverbandsgeschenk beim Ortsvereinskassierer. Für Abendbrot und Nachtquartier haben dieselben im Lokal „Stadt Hannover", Leipzig, Seeburgstr. 25/27 Gültigkeit.

Die Jungen können und die Alten müssen sterben!

Deshalb versichere jeder Kollege sich und seine Frau und Familienangehörigen auch für den **Sterbefall.**

Die besten Bedingungen bietet hierzu unsere

Sterbekasse.

Sterbegeld wird nach folgender Stufenleiter gegen Leistung beistehender Beiträge gezahlt:

Stufe I	90 Mk.	bei einem Wochenbeitrag von	5 Pfg.
„ II	144	„	8 „
„ III	180	„	10 „
„ IV	270	„	15 „
„ V	360	„	20 „
„ VI	450	„	25 „

Anmeldungen zur Aufnahme nimmt der Kassierer des Ortsvereins entgegen. — **Auskunft** erteilt auch das Büro Berlin NO 55, Greifswalderstr. 221/23.

Glogau (Ortsverband). Durchreisende Gewerkvereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsgeschenk beim Kollegen U n g l a u b e, Preußische Straße 39.

Potsdam (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsgeschenk bei dem Kassierer ihres Ortsvereins.

Rathenow (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Ortsverbandsgeschenk beim Kassierer A u g. S c h u h r, Semlinerstraße 23

Posen (Ortsverband) gewährt durchreisenden arbeitslosen Kollegen 75 Pfg. Unterstützung; zu erhalten ist dieselbe bei den Ortsvereinskassierern und bei H. N i e m e y e r, Kaiser-Friedrichstr. 13.

Bremen. Die Auszahlung der Reisegelder erfolgt nun auf dem Arbeitersekretariat der Gewerkvereine Bremen, Lindenstr. 2.

Thorn. Durchreisende Kollegen erhalten beim hiesigen Verbandskassier M. Heinrichs, Breitestraße 18, Unterstützung.

Halle a. S. (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ihr Ortsverbandsgeschenk (Verpflegungskarten im Werte von 1 Mark beim Kassierer ihres Berufes, Kollegen unvertretenen Berufes beim Ortsverbandskassierer Karl M o y e, Große Steinstr. 10, H. IV

Graudenz (Ortsverband). Durchreisende Gewerkvereinskollegen erhalten 75 Pfg. Ortsgeschenk beim Kollegen K o l n o w s k i, Kulmerstraße 1.

Worms. Durchreisende arbeitslose Kollegen erhalten ein Ortsgeschenk von 75 Pfg. im Verbandslokal „zum Rheintal", Rheinstr. 4.

Dux in Böhmen. Durchreisende Gewerkvereinskollegen erhalten ein Nachtlager und Frühstück oder eine Krone Reiseunterstützung in der Geschäftsstelle des Bezirksverbandes deutschnationaler Arbeiter-Vereinigungen, Elisabethstraße 8.

Sprottau-Eulau (Ortsverband) Durchreisende Gewerkvereiner erhalten eine Unterstützung von 75 Pfg. beim Verbandskassierer P. S c h i e n e r t in Sprottau, Glogauerstraße 10. **Arbeitsnachweis ebendaselbst.**

Dirschau (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten ein Ortsgeschenk von 75 Pfg. bei ihrem Ortsvereinskassierer.

Geislingen, Württbg., (Ortsverband). Als Ortsverbandsgeschenk erhalten durchreisende, arbeitslose Kollegen 50 Pfennig bei G. S a p p e r, Bürstenmacher, Hauptstraße 48.

Breslau (Ortsverband). Die Unterstützung an durchreisende Kollegen wird ausbezahlt beim Ortsverbandskassierer H e r m a n n G a n s e l. Neumarkt 28.

Verlag und verantwortlich für die Redaktion: i. V. Paul [illegible], Berlin NO. 55, Greifswalder Straße 221/23. Druck der Ulmer Zeitung A.-G. in Ulm a. D.